

Danziger Zeitung.

Nr. 18737.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gepfaltete gewöhnliche Schriftseite oder deren Neum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Politische Uebersicht.

Danzig, 5. Februar.

Die Colonialdebatte im Reichstage.

Der zweite Tag der Colonialdebatte hatte Südwestafrika, die Schöpfung der Herren Hammacher und Bäumer, des jüngsten Finanzministers, zum Gegenstand. Die Debatten entbehren jetzt sichtlich der pikanten Schärfe, seitdem an der bekannten Ecke des Bundesrathstheaters Hr. v. Caprivi sitzt und seit der früher von Hrn. Wörmann eingenommene Platz von Hrn. Bamberger besetzt ist. Immer mehr zeigt es sich, daß die freisinnigen Anschauungen auch bei der Regierung Beachtung und Anklang finden. Das trat gestern offen in der Rede des Reichskanzlers zu Tage. Dieselbe bezeichnet für das Schicksal Südwestafrikas ganz entschieden keinen wichtigen Wendepunkt. Die Aeußerungen v. Caprivi: „Ich stehe der Colonie kühl gegenüber... Die colonialen Bestrebungen sind meistens eine Frage des Gefühls und der Phantasie“ kennzeichnen seinen Standpunkt wohl am besten; dieser Standpunkt hat schon große Erfolge zu verzeichnen, wie z. B. denjenigen, daß Leute wie Hr. v. Aardorff vorgestern, v. Hammacher gestern sich dagegen verwahren, jetzt noch Colonialenthusiasten zu sein. Wäre nicht in Hamburg unter Mitwirkung Wörmanns eine Gesellschaft entstanden, die noch eine Summe an Südwestafrika wenden will, so hätte sich wohl gestern schon der Reichskanzler nicht gegen eine herab- oder Abschaltung der für Südwestafrika geforderten Summe gesträubt. Aber lange Frist hat er der neuen Gesellschaft auch nicht gegeben, ein Jahr. In dieser Zeit muß es sich ausweisen, ob das Reich noch irgend ein Interesse an der Erhaltung des Bezirks als Colonie hat. Es sieht dort allerdings wenig verlockend aus und Herr Hammacher, von seinem Haupttrücksalt, der Regierung, nicht unterdrückt, kämpfte einen aussichtslosen Kampf, so daß er schließlich resignirt schloß: „Wojo mehr darüber reden, jeder weiß, wie er zu stimmen hat.“

Am interessantesten von den gestrigen Ausführungen waren diejenigen des Reichskanzlers, der in humorvoller Weise die Lage der Schutzeinheiten in Südwestafrika schilderte. Hauptmann v. François, dem er reiches Lob spendete, steht darnach mit 40 jetzt unbekümmerten Mannen zwischen Witzen, dem Abenteurer, der dank unserer englischen Nachbarn über 450 mit Hinterladern und Munition wohl versehene Anhänger verfügt, und den 60 000 Hereros, die, wie v. Caprivi bemerkte, ohne die Ehre der Herren zu nahe treten zu wollen, sich durch große Vorsicht auszeichnen. Die Schutzeinheiten dort kann also nicht wagen, etwas zu unternehmen; es hätte auch keinen Zweck.

Herr v. Caprivi imponiert — schreibt unser Berliner Correspondent über Caprivi's Auftritt — so oft er das Wort nimmt, durch die ruhige Sachlichkeit und Bestimmtheit seiner Rede, die stets den Stempel vollster politischer Ehrlichkeit trägt. Jeder Hörer fühlt, daß da ein Mann spricht, der weiß, was er will, und der keine Neigung hat, über das, was er will, zu täuschen. Auch Herr Richter, der nach Caprivi das Wort nahm, konnte sich dieses Eindruck nicht entziehen, und so begann er seine Auseinandersetzung mit der Erklärung, er würde nach der Rede Capriwis gegen die Bewilligung der Staatsposition keinen Einspruch erheben können, wenn dieselbe nicht für das nächste Jahr, das „Verfuchsjahr“, eine Erhöhung erfahren sollte. Dr. Hammacher hatte Anstoß daran genommen, daß der Staatssekretär des Auswärtigen, Frhr. v. Marshall, in der Budgetcommission die gegenwärtige Lage in Südwestafrika als unhaltbar bezeichnet hatte; der Reichskanzler, der, wie gesagt, der Phantasie und der Schwärmerie einen erheblichen Anteil an der Gründung von Colonien beimitzt, wiederholte jene Erklärung. Aber er ließ doch zugleich auch einen Blick in die Zukunft thun. Man weiß jetzt, daß die geplante deutsch-englische Gesellschaft mit dem Sitz in Hamburg, welche einen großen Teil des südafrikanischen Gebietes übernehmen will, an dem Einspruch des Reichskanzlers nicht scheitern wird. Dass Fürst Bismarck das Kaufgeschäft mit der früheren holländischen Gesellschaft abgelehnt hat, führte Herr v. Caprivi darauf zurück, daß diese Gesellschaft eine ausländische gewesen sei. Von einer Verstärkung der deutschen Schutzeinheiten will Herr v. Caprivi nichts wissen, so lange es nicht mehr zu schützen giebt als jetzt.

Das Haus als Ganzen zeigte bei dieser Colonialdebatte kein so großes Publikum wie sonst. Die Bänke waren sehr schwach besetzt, kaum fünfzig Mitglieder waren anfangs anwesend, und erst als es sich darum handelte, die von Richter-Bamberger geforderte Ermäßigung der Summe für Südwestafrika abzulehnen, versammelte das be-

kannte Glöckchenzeichen ein volles Haus. Die Debatte über Ostafrika wird erst heute in Fluss kommen. Die letzte Stunde der Sitzung füllte der Vortrag Bambergers aus, der seinen coloniegegnerischen Standpunkt mit großer Ausführlichkeit entwickelte. Der Reichskanzler, von dem man Aufschluß über die weiteren Absichten der Regierung erwartete, schien vor dem ermüdeten Hause nicht mehr sprechen zu wollen, und so kam es zur Vertagung bis heute.

Bei der hinlänglich bekannten Haltung des Centrums kann die Bewilligung des fraglichen Staatsvertrages nicht zweifelhaft sein.

Ausdehnung der Unfallversicherung.

Die gegenwärtig beim Reichsamt des Innern schwelenden, aber noch nicht abgeschlossenen Erwägungen über die Ausdehnung der Unfallversicherung umfassen nicht bloß, wie bereits bekannt, u. a. die Betriebe der Fischer, sondern auch

die der Seeschiffahrt mit kleinen Fahrzeugen, die nach dem jetzigen Wortlaut des See-Umfangsvertragsgesetzes der See-Berufsgenossenschaft nicht angehören können. Auch soll die Unfallversicherung auf die gewerblichen Beschäftigungen von Strafgefangenen und anderen unfreien Arbeitern ausgedehnt werden.

Die Absage der rhein.-westfälischen Bergwerksbesitzer an die Nationalliberalen.

Ein interessanter Scheidungsprozeß vollzog sich gegenwärtig in der nationalliberalen Partei in Westfalen. Dort hat bekanntlich vor kurzem bei der Reichstagswahl in Bochum der nationalliberalen Kandidat Müllenstien über den Centrums-Candidaten Battmann gesiegt. Gleich nachher erlebte man ein wohl einzig in seiner Art daschendes Schauspiel: die Sieger, statt sich ihres Triumphes und ihres neu gewonnenen Abgeordneten zu freuen, fielen auf einmal den lehren festig an, stießen ihn von sich und sprachen ihm die Zugehörigkeit zu ihrer Partei ab. Und warum? Weil Herr Müllenstien, just wie sein Centrumsgegner Battmann, den Arbeitern des Wahlkreises eine Reihe von Versprechungen gemacht hatte, die den Grubenbesitzern, aus welchen sich das Gros der dortigen Nationalliberalen rekrutiert, nicht gefallen, so daß ihr Organ, die „Rhein-Westf. Zeitung“, das vorläufige Urteil aussprach:

Herr Müllenstien ist die Berechtigung, sich nationalliberal zu nennen, abzuweisen, weil er unmittelbar vor der Bochumer Wahl sich nicht gescheut hat, denselben Weg zu beschreiten, welchen sein ultramontaner Gegencandidat kurz zuvor beschritten hatte und welchen der nationalliberalen Parteivorstand in Bochum als demagogisch und sozialdemokratisch gebrandmarkt hatte. Es handelt sich demnach um die Frage, ob die nationalliberalen Partei gemäß ist, sich für die Folge derselben Mittel zu bedienen, wie andere Parteien, die von ihr mit Recht als demagogisch bezeichnet werden. Wir hatten bisher geglaubt, daß die nationalliberalen Partei dazu zu ehrlich und zu überzeugungstreu sei und daß sie lieber auf ein oder mehrere Mandate verzichte, als um einen solchen Preis sich in dieselbe Reihe mit anderen volksverfürderlichen Parteien zu setzen.“

Die Wellen gehen also hoch, und auch von der anderen Seite ist man die Antwort nicht schuldig geblieben. So hat namentlich der frühere nationalliberalen Abgeordnete Aulemann eine Lanze für Herrn Müllenstien gebrochen.

Doch aber die Empörung der rheinisch-westfälischen Grubenbesitzer gegen die Arbeiterschuttpolitik gerade anlässlich der Müllenstien'schen Wahl in Bochum zum Ausbruch gekommen ist, war nur zufällig. Die Stimmung, welcher der Protest gegen die Müllenstien'schen Wahlpraktiken Ausdruck gegeben hat, ist schon seit dem Bergarbeiterstreik im Mai 1889 beobachtet worden. Und wie es bei solchen Verstimmungen geht — der Ausbruch erfolgt plötzlich bei anscheinend völlig unzureichenden Anlässen. Der Grund der Verstimmung liegt auf einem ganz anderen Gebiete, als auf demjenigen der Wahlpolitik. Nationalliberale Kandidaten haben schon früher Wahlbündnisse nach allen Richtungen geschlossen, ohne daß dadurch bei dem einen oder anderen Theile der Partei Gewissensbeunruhigungen hervorgerufen worden wären. Im vorliegenden Falle lag der Stiel des Anstoßes auch nicht in den Wahlbündnissen an sich. Aber Herr Müllenstien hat Zugeständnisse gerade in denjenigen Fragen gemacht, welche die directen Interessen der Bergwerksbesitzer in Frage stellen.

Diese Großindustriellen haben ja die ganze Socialpolitik des Fürsten Bismarck nur in der Hoffnung mitgemacht, daß die sociale Frage zum Theil durch die Iwangsmakregeln des Socialisten-Gesetzes, zum anderen Theil durch die Arbeiterversicherungsgesetze bei Seite geschoben werde. Sie haben sich zu dem vielerjährigen Staats-socialismus verführen lassen, weil sie den Versicherungen der Regierung Glauben schenkten, daß auf diesem Wege der Unzufriedenheit der arbeitenden Klasse ein Ende gemacht werden würde. Sie haben die großen Lasten, welche die Unfall- und die Invaliditäts- und Altersversicherung den Arbeitgebern auferlegt, mit einem gewissen Opfermut übernommen, immer in der Vorausehung, daß ihnen damit ein Eingehen auf die Forderungen ihrer Arbeiter werbe erspart werden. Dass die Herren sich in dieser Hinsicht Illusionen hingegeben haben, darüber sind sie schon durch die kaiserlichen Erlassen vom Februar v. J. zur Genüge aufgeklärt worden. Und von diesem Augenblick datirt auch die Unzufriedenheit der großindustriellen Kreise, die jetzt zu der Einsicht gelangt sind, daß sie ihre mancherlei Überzeugungen ohne jeden positiven Erfolg geopfert haben. Auf dem Wege des Staatsocialismus weiter zu gehen und auch das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter im einzelnen durch die Staatsgesetzgebung zu regeln, sind sie ebenso wenig geneigt wie zu directen Zugeständnissen an ihre Arbeiter.

Der neue Irrthum besteht nur darin, daß die Großindustriellen durch die Absage an die nationalliberale Partei aus dieser Alternative herauskommen hoffen. Jüngst eine Lösung der Arbeiterfrage auf dem Gebiete der Gleichberechtigung von Arbeitgeber oder Arbeiter hat sich als unvermeidlich erwiesen, wenn auch bei der gegenwärtigen pecuniären Lage der Industrie der Verlust der Lösung mit Hilfe eines Massenstreikes wenig aussichtsvoll erscheint.

Der Rücktritt des österreichischen Finanzministers Dunajewski.

Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben, durch welches der Finanzminister Dunajewski auf sein eigenes Ansuchen aus Gesundheitsrücksichten unter Anerkennung der mit patriotischer Aufopferung namentlich auf dem finanziellen Gebiete geleisteten ausgezeichneten

dienste von seinem Posten entthoben wird. Der selbe wird gleichzeitig unter Verleihung des Großkreuzes des Steffansordens zum lebenslänglichen Mitgliede des Herrenhauses ernannt. An seiner Stelle ist, wie schon gestern gemeidel, der bisherige Sectionschef im Justizministerium, Dr. Emil Steinbach, zum Finanzminister ernannt.

Die „N. fr. Presse“ und das „N. Wien. Tagebl.“ erblicken in dem Rücktritt Dunajewskis eine Bestätigung des persönlichen Hindernisses, welches den Deutschen den Weg zu einer aktiven Thellnahme an der Staatsleitung verpreßte. — Das „Extrablatt“ hebt hervor, Dunajewski habe seine Pensionierung bereits am 22. Januar nachge sucht, während das Patent betrifft der Auflösung des Reichsraths am 23. Januar erfolgt sei. Dies beweise, daß Dunajewski aus dem Cabinet ausgeschieden sei, um der Möglichkeit der in dem bekannten Commentar der „Wien. Ztg.“ angedeuteten Coalition nicht im Wege zu stehen. — Gänmitliche Blätter begrüßen die Ernennung Steinbachs zum Finanzminister sympathisch und heben dessen große Begabung hervor. Das „Fremdenblatt“ meint, die Deutschen würden in Minister Steinbach unmöglich ein Hindernis erachten. Ähnlich äußert sich die „Deutsche Zeitung“. Die „Neue Freie Presse“ erklärt, Steinbach könne sich durch Macht und Besonnenheit allgemeines Vertrauen erringen. Die „Presse“ betont, dem eigentlich politischen Leben habe Steinbach stets fern gestanden; deshalb könne ihn keine Partei als den ihrigen in Anspruch nehmen.

Die Soldatenausschreitungen in Brüssel.

Wie die gestrigen Brüsseler Abendblätter melden, wurden von den Mannschaften des Grenadierregiments, welche vorgefeiert am Sonntag Nachmittag wegen der am Sonntag begangenen Ausschreitungen ins Verhör genommen wurden, gegen 40 in Arrest gesetzt. Im Arrestlokal begannen dieselben alsdann zu lärmern und zu töben; darauf versuchten sie die Thür des Arrestlokals zu zertrümmern, schließlich stießen sie die Matrosen und Bettdecken in Brand. Durch herbeigeeilte Unteroffiziere und Mannschaften wurde das Feuer gelöscht, die Meuterer wurden anderweit in Sicherheit gebracht. Vom Oberst des Grenadierregiments ist heute die militärisch-gerichtliche Untersuchung eröffnet worden; fünf der Meuterer wurden unter Gardemarie-Bedeckung im Zellenwagen nach dem Gefängnis gebracht.

Beim Schluß der Redaktion erhielten wir noch folgende bedrohlich klingende Drahtmeldung:

Brüssel, 5. Februar. (Privatelegramm.) Der Ministerrat hat sich in Permanenz erklärt, weil die militärische Meuterere einen gefährlichen Charakter annimmt.

Die Ministerkrisis in Italien

hält noch immer die politische Welt in Atem. Gestern hat König Humbert mit dem Marine-minister Brin und dem Kriegsminister Bertole Diaz konfiliert, ohne daß gemeldet wurde, zu welchem Resultat die Besprechungen geführt haben.

Das hochoffizielle „Wiener Fremdenblatt“ hebt in einer Besprechung des Rücktritts Crispis her vor, das Wirken Crispis für die Erhaltung des Friedens, sowie die parlamentarische Lage ließen noch immer seine Wiederberufung möglich erscheinen; wie aber auch immer die Entscheidung fallen möge, die Feinde des Dreibundes vergäben, daß der Bestand der Friedensallianz nicht von einzelnen Persönlichkeiten abhänge: Graf Androssy und Fürst Bismarck seien aus dem Ame gezeichnet, Kaiser Wilhelm sei gestorben, ebenso Depretis, dennoch siehe der Bund unerschüttert und werde auch den Rücktritt Crispis überdauern, da er auf dem Auschlag gebenden Parallelismus der Interessen der drei Staaten beruhe.

Auch die Meldungen, welche der offiziösen „Politischen Correspondenz“ aus Rom zugehen, bestätigen unsere von vornherein geäußerte Ansicht, daß die Lösung der schwierigen Cabinetskrisis, möge dieselbe welchen Ausgang immer nehmen, unter gar keinen Umständen in der auswärtigen Politik Italiens eine Renerierung herbeiführen werde. Der Bestand des Dreibundes werde durch die Neugestaltung der italienischen Regierung in keiner Weise tangiert, und das enge Einvernehmen zwischen Italien und den ihm verbündeten Mächten werde in jedem Falle auch fernerhin in derselben Weise gepflegt werden, wie bisher. Man betont, daß von den kleinen extremen Fraktionen abgesehen, alle politischen Parteien des Landes von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Tripel-Allianz überzeugt seien.

Die Herren sind zu der Einsicht gelangt, daß die Regierung sich gegenüber einem entsprechenden Antrage Bedenken ausgeben habe.

Abg. Hammacher (nat. lib.) sieht in dem Streben nach Kolonialen ein ideales Streben, dem er sich anschließt. Der Versuch, Minen dort aufzuschließen, ist freilich vergeblich gewesen, doch verspricht das Land für die Landwirtschaft ergiebig zu werden. Redner ist für die volle Bewilligung.

Abg. Windhorst: Wenn wir einmal die Territorien haben, so können wir nicht ohne weiteres zurück. Wird die Reichsregierung ein Zurückgehen vorschlagen, so werde ich „Ja“ sagen. So lange sie das nicht thut, muß ich auf dem gegenwärtigen Standpunkt bleiben. Freilich würde ich es für das Beste halten, wenn uns ein fester Plan über die zukünftige Gestaltung unserer Colonialpolitik vorgelegt würde. Wenn wir einen Reichskanzler hätten, der ein Colonialchwärmer wäre, so würde ich vorsichtig sein, aber ich kann volles Vertrauen haben, nachdem der jetzige Reichskanzler schon vor Monaten erklärt hat, daß er kein Colonialchwärmer ist. Es ist etwas anderes, eine Sache anzusangen, oder eine angefangene Sache aufzugeben.

Reichskanzler v. Caprivi*: Dem sachlichen Theile der Ausführungen des Abg. Windhorst kann ich nur beitreten. Auch ich stehe dieser südwästafrikanischen Colonie kühl gegenüber und behalte, daß sie mir schon manche Sorgen gemacht hat. Die gegenwärtige Colonialregierung hält an den Traditionen ihrer Vorgängerin auch in Bezug auf diese Colonie fest; wir verfolgen dieselben Ziele, wie sie in früheren Jahren verfolgt worden sind. Die Instruktionen, die den Civilbeamten und den Offizieren in Südwästafrika erhalten haben, gehen darauf aus, daß sie die Weißen zu schützen, sich aber in Händel der Einheimischen nicht zu mischen haben. Nach diesen Instruktionen ist früher und auch jetzt verfahren worden. Man hat weiter die Frage gestellt, wie die verbündeten Regierungen sich denn stellen würden zu der

*) Diese Rede des Reichskanzlers ist in dem Telegramm in der heutigen Morgennummer irrtümlich als weitere Ausführungen der Rede des Abg. Windhorst angegeschlossen. Vor den Worten des Telegrams „Auch ich siehe“ ist der Name des Hrn. v. Caprivi als Redner ausgesetzt.

Zulassung ausländischer Gesellschaften. Wir haben nichts dagegen, andere als Deutsche in unseren Colonien tätig zu zulassen. Wenn es aber schließlich so käme, daß eine Colone nur durch Reichstagsexploit würde, so würde ich der Meinung sein, daß der deutsche Schutz gegenständlos geworden ist; denn was haben wir für ein Interesse, Geld und Ehre zu engagieren für Nichtdeutsche? (Sehr richtig!) So weit ist die Sache indessen, was Südwestafrika angeht, noch nicht gekommen. Die Zahl der Deutschen, die bis jetzt dort thätig sind, ist allerdings sehr gering, aber wir brauchen die Hoffnung noch nicht aufzugeben, daß sich dies Verhältnis ändern wird. Es sind im Augenblick Verhandlungen mit einer Gesellschaft im Gange, die m wesentlichen aus Deutschen mit deutschem Kapital zusammengefecht, einen Theil der Dinge übernehmen will, die bisher in den Händen der südwestafrikanischen Gesellschaft waren. Ich hoffe, daß wenn dieser Vertrag zu Stande kommt, die deutschen Interessen in einer geheimlichen Weise in Südwestafrika sich werden entwickeln können. Man fragt, ob dieser Standpunkt der Regierung so lieben wird? Darauf zu antworten, sieht mir die prophetische Sabe, und wenn ich von Colonien rede, so möchte ich noch vorsichtiger sein, als wenn ich sonst von der Zukunft rede. — Die Schutztruppe besteht aus 10 bis 50 anfangs berittenen gewesenen, nachgerade aber unberittenen gewordenen Polizisten. (Heiterkeit.) An der Spitze der Schutztruppe steht ein vorzüglicher Offizier, ein Hauptmann v. François, dem ich das Zeugnis aussstellen muß, daß er seinen Funktionen vorzüglich genügt und seine Instructionen unter den schwierigsten Verhältnissen genau befolgt hat. Er ist preußischer Offizier, und ich weiß aus seinen Berichten, daß es ihm viel schwerer geworden ist, nicht zu scheinen, als zu ziehen. Er hat aber seine Instructionen befolgt, und ich habe gar keinen Anlaß, diese Instructionen zu ändern, sondern ich habe sie ihm von neuem eingehäuft; denn was soll entstehen, wenn diese 50 Polizeisoldaten sich in den Streit von Völkerhaften einmischen, die auf der einen Seite 60 000, auf der anderen Seite vielleicht 12 000 Mann zählen? Im südlichen Theile unseres Schutzegebietes ist ein Mann aufgestanden, halb Prophet und halb Krieger, Witbon mit Namen. Er hat sicherlich das Talent, seine Umgebung fortzureißen. Er hat eine Truppe zu Stande gebracht von 400 bis 500 Mann, zum größten Theil beritten, alle mit Hinterläden bewaffnet und dank der Freundschaft unserer Nachbarn in Südwestafrika auch reichlich mit Munition versehen. (Hört, hört!) Mit dieser seiner Truppe hat er sich in einem Teltennest zurückgezogen, Hornkratz genannt, und wenn ihn der Hunger treibt, macht er Ausfälle. So ist er denn im Herbst vorjähriges Jahres in das Land der Hereros gejagt, um denen die Heerden zugutezuholen. Das ist ihm auch im vollen Umfang gesglückt. Nun sagt der Abg. Hammacher: Da hat die deutsche Schutztruppe mit Gewehr bei Fuß dabei gefangen. Nun möchte ich Sie einmal bitten, sich die Consequenzen auszumalen, wenn die deutsche Schutztruppe nicht mit Gewehr bei Fuß gefangen hätte, sondern das Schießen kriegte hätte (Heiterkeit), was sollen denn 50 Hinterläden gegen 400 bis 500? Nun ist die Frage angeregt: kann man nicht diese unsere Freunde, die Hereros, bewegen, sich mit Hauptmann v. François zu verbünden? Leichter selbst sagt, er danke für diese Bundesgenossenschaft (Heiterkeit), und ich glaube, er hat Recht. Sr. v. François hat für die Vermuthung, daß diese Hereros nur Ballast sein würden, auch insofern eine Berechtigung, als sie sich bisher durch einen hohen Grab von Vorsitz ausgezeichnet haben. (Große Heiterkeit) Auch bei den Ereignissen im September ist keinem Weißen ein Haar gekrümmmt worden, so viel Respekt hat der Witbon vor den Weißen gehabt. Er hat das Haus eines Weißen betreten, er hat nicht aus der Püche getränkt, von der Hauptmann v. François behauptete, sie gehöre ihm. Trotzdem haben die Hereros sich wenig oder gar nicht gerächt, sondern sie haben es vorgezogen, in die Häuser der Weißen zu laufen, um da Schutz zu finden. Dass wir also, so lange nicht deutsche Interessen in Südwestafrika in größerem Umfange engagiert sind, keinen Grund haben, deutsches Blut für die Hereros zu vergießen, ist mir zweifellos. Nichtsdestoweniger würde ich einer Vermeidung der Schutztruppe nicht abgeneigt sein, immer aber unter der Voraussetzung, daß erst mehr zu schützen ist. Ich bleibe bei dem Grundsatz, auf dem mein Amtsvoränger gestanden hat: Erst muß etwas zu schützen sein, und dann kommt die Truppe hin; denn wenn wir an diesem Grundsatz nicht festhalten, dann wäre das eine Schraube ohne Ende, und wir bekämen ein Armee-corps von Colonialtruppen, die über ganz Afrika zerstreut wären. (Sehr richtig! links) Wir wollen nun in Ruhe abwarten, wenn das hohe Haus die Anträge der Regierung genehmigt, wie dieses Jahr verlaufen wird. Wir sehen dieses Jahr nur als ein Versuchsjahr an; wir können eben nicht in die Zukunft sehen, wir haben aber nicht den mindesten Grund, an der Zukunft zu zweifeln. Man kann nicht wissen, was aus diesen Colonien nicht alles noch einmal wird, sobald man Zeit hat und Kapital hinzustellen geneigt ist. Der gegenwärtige Zustand wird nicht haltbar sein; geben Sie uns aber ein Jahr Zeit, dann werden wir in der Lage sein, klarer zu sehen und beurtheilen zu können, was soll weiter werden. (Bravo!)

Abg. Richter: Aus den Vordersäcken des Herrn Reichskanzlers, das das nächste Staatsjahr ein Verfuchs-jahr sein solle und der gegenwärtige Zustand unhaltbar sei, kann ich vielleicht dazu gelangen, basierende zu be-willigen, was bisher für diese Schutzgebiete ausgegeben worden ist. Aber ich muß mich denn doch enthalten, irgend etwas Neues anzufangen in diesem Schutzgebiet und etwas Neues. Bedenkliches wird angefangen auf Grund der Notation für eine ländliche wirtschaftliche Versuchsstation. Der Abg. Windthorst will die Sache als eine Vertrauensfrage für den jetzigen Reichskanzler aufstellen. Von einem solchen bloßen Berbrauen können wir uns nicht leiten lassen, denn wir wissen nicht, wer später Reichskanzler wird. Man will landwirtschaftliche Arbeiter nach Südwestafrika bringen, trotzdem man in Deutschland an landwirtschaftlichen Arbeitern Mangel leidet und deshalb die Sachsen-gängerei unterdrücken möchte. Es soll für die Auskunft über die dortigen Verhältnisse nicht eine Regie-rungsanstalt eingerichtet werden, für welche die Regierung die Verantwortlichkeit übernehmen würde, sondern ein Privatmann soll unterstützt werden, damit er den Einwohneren Auskunft giebt. Welche Aussicht hat die Landwirtschaft dort? Wenn auch da Alterei wächst, so ist doch kein Absatz da, kein Ausfuhrhafen, keine Verbindung mit Europa, und wie der Rechts-schutz beschaffen ist, hat der Reichskanzler durch seine Bemerkungen über die Schutztruppe dargethan. Man sagt, es beschäme das Ansehen einer großen Nation, eine Colone preiszugeben. Ja, wenn dies aus Schwäche geschieht, aber nicht, wenn wir es aus eigenem Interesse thun. Die Colonial-inseln, Witu u. s. w. haben wir aufgegeben, ohne daß es uns etwas geschadet hätte. Die Gesell-schaft behauptet, Wache zu stehen bei dieser Colone. Sie steht hier in Berlin Wache, in Südwestafrika ver-wendet sie auch nicht eine Mark. Man kann eher ihr den Vorwurf der Unthätigkeit machen, als der Re-gierung, welcher ich es hoch anrechne, daß sie so vor-sichtig bezüglich der Schutztruppe gewesen ist. Man sagt, die Landwirtschaft würde sehr leicht sein, wenn nur das Wasser nicht seite. Ja, wenn man Wasser hätte, könnte auch aus der Wüste Sahara etwas ge-macht werden. (Heiterkeit.) Die Unthätigkeit der Verhältnisse liegt auf der Hand. Warum die Entscheidung noch um ein Jahr hinausgeschoben? (Be-viel links.)

Abg. v. Böllmar (Soc.): Nach allen Schilderungen des Landes kann ich nicht abscheiden, daß die Colone in Südwestafrika irgendwie geheißen wird. Wenn dort Viehzucht eingesetzt wird, dann wird man der Ein-fluß der gesuchten Thiere, und besonders der aus ihnen hergestellten Produkte einen hohen Schutz ent-gegestellen. Wir haben keinen Anlaß, für die Er-höhung dieser Ausgabe zu stimmen, denn die dortige

Lage ist eine solche, daß wir unser Besitzthum baldigst preisgeben und die Schutztruppe zurückberufen müßten. Die nationale Aussöhnung thieße ich nicht, daß man eine einmal gemachte Dummkopfie consequent festhalten müßte. Ein großer Staat kann das Werk des früheren Reichskanzlers befolgen: Der Tapfere weicht mutig zurück! (Auf: Ich Manteufel gesagt!) Abg. Hammacher (nat.-lib.): Im südwestafrikanischen Schutzgebiete befinden sich nicht weniger als 17 Missionsstationen, allerdings evangelische. Daher muß das Centrum, wie es die ostafrikanische Colonialpolitik wesentlich mit Rücksicht auf die Christianisierung unterstellt hat, auch die Herrschaft über Südwestafrika aufrecht erhalten. Angria Pequena wird von unserer Marineverwaltung als ein durchaus guter Hafen angesehen, und eine lebhafte Verbindung besteht zwischen der Capcolonia, speciell Kimberley, und dem Süden unserer Colone. An Wasser fehlt es zum größten Theil in Afrika, in Transvaal hat man aber die künftige Beschaffung desselben nicht für eine unüberwindliche Schwierigkeit angesehen. Es ist noch zu hoffen, daß wir zu besseren Resultaten kommen, wir haben keine Veranlassung, die Flinte ins Korn zu werfen und eine Colone aufzugeben, die erst vor fünf Jahren durch einen der geschicktesten diplomatischen Feldzüge erworben ist.

Abg. Richter: Fürst Bismarck hat andere geschicktere diplomatische Feldzüge gewonnen als diesen. Der Schutz der Missionen hat mit dieser Colonialpolitik nichts zu thun. Gerade Missionsstationen haben geklagt, daß sie von der deutschen Schutzherrschaft nichts hätten. Im Gegenteil, diejenige bringt gewisse Misshelligkeiten mit sich, von denen sie früher verschont geblieben wären. Um die Thätigkeit dieser Missionen ist es überhaupt eine eigentümliche Sache. So viel ich weiß, sind diese Völkerhaften sämlich Christen. Sie unterscheiden sich nur darin von einander, daß die einen behaupten, sie seien noch bessere Christen als die anderen (Heiterkeit), und daß jeder Stamm seine besonderen Heiligen und Propheten hat, und daß sie sich bekriegen, weil die anderen diese Heiligen nicht anerkennen. Dass man von Capland aus seine Aufmerksamkeit auf das Schutzgebiet richtet, ist natürlich. Wenn überhaupt etwas da zu holen ist, so kann es nur von Capstadt aus geschehen, denn hier ist der natürliche Rückpunkt für solche Unternehmungen. Zum Theil besteht das Interesse auch darin, daß durch die Nachbarschaft gewisse Störungen entstehen können. Wenn man in Hamburg Kapital für Südwestafrika zusammensetzen will, dann ist es ja gut. Dann möge die Regierung aber keinen Augenblick zaudern. Je eher wir die Lasten jenes Landes loswerden, desto besser. (Beifall links.)

Abg. v. Böllmar (Soc.): Wenn nur Spirituosen und Waffen in Südwestafrika Absatz finden, dann thäten wir am besten, unsere Hand davon zu lassen. Der Schutz der Missionen kann für uns auch nicht bestimmd sein. Aus den Weißbüchern erscheint mir, daß die katholische und die protestantische Partei sich dort an den Krügen gehen und religiöse Ansichten mit den Waffen in der Hand ausziehen. Herr Hammacher hat die Erwerbung von Südwestafrika eine der geschicktesten geführten diplomatischen Feldzüge des Fürsten Bismarck genannt. Es wäre viel gesättiger, das ganze Südwestafrika dem Fürsten Bismarck als National-geschenk zu geben. (Heiterkeit.)

Nach Ablehnung des Antrages Richter wird der Titel unverändert beauftragt.

Für Maßregeln zur Unterdrückung des Sklaven-handels und zum Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika werden 3 500 000 Mk. verlangt. — Die Discussion wird mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Schutztruppe für Ostafrika verbunden.

Abg. Bamberger (kreis.): Als der neue Reichskanzler sein Amt antrat, wurde von unserer Seite der Vorschlag gemacht, unsere Besitzungen in Afrika aufzugeben und die ganze Colonialpolitik zu liquidieren. Bei dieser Stellung war es begreiflich, daß wir uns über das deutsch-englische Abkommen nicht ereisen konnten. Wir sind zufrieden, wenn recht viel Land von Ostafrika weggegeben wird. Die Regierung hat die Souveränität des deutschen Kaisers in Afrika verhindert und damit die Solidarität zwischen dem deutschen Reiche und den dortigen Colonien. Damit ist der alte Boden der Colonialpolitik verloren, wonach es nur Schutzgebiete geben sollte. Die Lrag eite dieser Aenderung in den staatsrechtlichen Beziehungen unserer überseeischen Erwerbungen zum deutschen Reiche lädt sich gar nicht übersehen. Die Streitigkeiten zwischen Wissmann, Emin und Stokes zeigen an, daß die dortigen Verhältnisse ganz in der Hand dieser Männer liegen, denen man die Bezeichnung von Abenteurern in gutem Sinne beilegen muß. Peters ist eigentlich der Chef unserer ganzen ostafrikanischen Colone, er ging auf eigene Faust nach Ostafrika und hat die Verträge mit den Negerkreuzen abgeschlossen. Ich habe vor diesem Manne den Respekt, den man vor jedem Manne hat, der seinen Zweck erreicht hat. Ob Peters dem Reichsminister als Gehilfe zur Seite gestellt wird, interessirt mich nicht; auch will ich mich nicht mit dem Streit zwischen Wissmann und Emin und zwischen Emin und Stokes beschäftigen. Soweit ich die Verhandlungen richtig aufgesetzt habe, soll der Süßentstreit eigentlich Aromgebiet sein; dahinter folgt das Schutzgebiet, welches unter der Herrschaft der verschiedenen Häuptlinge steht, dahinter folgt dann das sogenannte Interessengebiet, eine völkerrechtliche Schöpfung neuester Art. Wird es möglich sein, diese Dreiteilung mit irgend einem praktischen Erfolge durchzuführen? Im Schutzgebiet werden wohl besetzte Stationen angelegt werden müssen und das Interessengebiet wird nicht anders behandelt werden können; dadurch wird aber ein ganz ungeheures Gebiet unter die deutsche Herrschaft gestellt, was direct in Widerpruch steht mit dem, was man früher von der Colonialpolitik erwartet hatte. Vom Standpunkte der alten Colonialpolitik aus können wir diese Neuorganisation nicht gutheißen. Das Reiche hat die in Schwierigkeiten gerathene ostafrikanische Gesellschaft wieder frei gemacht; man hätte nun denken sollen, daß die Sache der Gesellschaft auf eigene Verantwortlichkeit überlassen werden würde. Von dem Centrum wurde dabei die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß man erwarte, die Gesellschaft werde nun baldigst die Verwaltung übernehmen. Das ist nicht geschehen; wir haben uns immer weiter drängen lassen. Es wurden 400, dann 600 Mann Soldaten angeworben, die immer noch als Polizisten bezeichnet wurden. Und schließlich kam gerade bei dieser Colone das heraus, was man hatte vermeiden wollen, daß der Gewinn einer Privatgesellschaft zusätzl. während das Reich die Kosten der Verwaltung trägt. Die Ergebnisse anderer Colonialgebiete verloren nicht besonders. Aligret ist vor 60 Jahren von Frankreich erobert worden, und jetzt nach 60 Jahren zeigt es sich, daß diese Colone dem Mutterland vier Milliarden gekostet hat, daß sie jetzt noch einen erheblichen Zuschuß erfordert, trotzdem dort 400 000 Europäer, nicht Franzosen, sondern Deutsche, Engländer u. s. w. wohnen. Das Urtheil des Dr. Fischer über die Gesundheitsverhältnisse in Ostafrika ist angefochten worden. Ich verweise mich auf einen Kenner der Verhältnisse, der kein Gegner der Colonen ist, Hans Meyer, welcher den größten Theil von Ostafrika als unfruchtabar und ungefund bezeichnet; der europäische Bauer könnte dort nicht leben, wo selbst die Neger vielfach an Zieber leiden. Die Landwirtschaft würde sehr leicht sein, wenn nur das Wasser nicht seite. Ja, wenn man Wasser hätte, könnte auch aus der Wüste Sahara etwas gemacht werden. (Heiterkeit.) Die Unthätigkeit der Verhältnisse liegt auf der Hand. Warum die Entscheidung noch um ein Jahr hinausgeschoben? (Beifall links.)

Abg. v. Böllmar (Soc.): Nach allen Schilderungen des Landes kann ich nicht abscheiden, daß die Colone in Südwestafrika irgendwie geheißen wird. Wenn dort Viehzucht eingesetzt wird, dann wird man der Einfluss der gesuchten Thiere, und besonders der aus ihnen hergestellten Produkte einen hohen Schutz entgegenstellen. Wir haben keinen Anlaß, für die Erhöhung dieser Ausgabe zu stimmen, denn die dortige

Lage ist eine solche, daß wir unser Besitzthum baldigst preisgeben und die Schutztruppe zurückberufen müßten. Die nationale Aussöhnung thieße ich nicht, daß man eine einmal gemachte Dummkopfie consequent festhalten müßte. Ein großer Staat kann das Werk des früheren Reichskanzlers befolgen: Der Tapfere weicht mutig zurück! (Auf: Ich Manteufel gesagt!)

eine offene Frage, es schweben darüber noch Verhandlungen. Als Ziel schwießt der Colonialregierung vor seiner Zeit das gesamme Gebiet als einheitliches Ganzes vom staatsrechtlichen Standpunkt zu verwahren. Hiermit wird die Beratung auf Donnerstag vertagt.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom 4. Februar.

Der Antrag des Abg. Reichsberger — daß die Regierung den Grundsatz zur Geltung bringen werde, daß im linksrheinischen Bezirk des Oberlandesgerichts zu Köln bei staatlich anerkannten Bedürfnissen katholische Pfarrkirche kraft rechtlicher Verpflichtung neu zu errichten und die Pfarrstellen überhaupt mit einem standesmäßigen Gehalte auszustatten sind — wird nach einer entgegen-kommenden Erklärung des Cultusministers zur Erwähnung überwiesen.

Es folgt die Beratung des Antrages Schmidt-Elberfeld (freil.): Die Regierung zu ersuchen, eine Sachverständigencommission, bestehend aus Schulmännern, Industriellen und Ingenieuren, zu berufen zur Beaufsichtigung der Organisation des gewerblichen Fachschulwesens in Preußen, zur Aufstellung von Grundzügen über Zweck, Ziel und Lehrplan der betreffenden Schulen, über die Aufnahmedingungen und über die aus einem Schlußgesamten der Anstalten entstehenden Berechtigungen, sowie über die Höhe der für die Fachschulen nothwendigen Staatsunterstützungen.

Nachdem der Abg. Schmidt seinen Antrag begründet, erklärt

Geh. Rath Lüders: Eine in kurzer Zeit erscheinende umfangreiche Denkschrift wird den Wünschen des Vorredners im Einzelnen näher treten.

Minister v. Berlepsch: Ich kann zu dem Antrage nur erklären, daß ich mit den Gedanken desselben infolge einverstanden bin, daß das Handelsministerium sich mit den Fachverständigen Kreisen stets in Führung halten muss. Die Commission, die diese Aufgabe zu erfüllen haben wird, wird nicht nur zur Beratung der Denkschrift zusammenentreten, sondern ich werde sie auch in wichtigen Fragen hören. Auch jetzt sind schon mehrere Handwerker in dieser Commission.

Abg. v. Böllmar (Soc.): Wenn man in Hamburg Kapital für Südwestafrika zusammensetzen will, dann ist es ja gut. Dann möge die Regierung aber keinen Augenblick zaudern. Je eher wir die Lasten jenes Landes loswerden, desto besser. (Beifall links.)

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Deutschland.

Abg. Berlin, 4. Febr. Wie verlautet, hat auch der Commandant der 8. Division, Generalleutnant v. Blume (Erfurt) seinen Abschied nachgesucht.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses v. Kölle gab gestern dem Gesamtvorstande des Abgeordnetenhauses ein Diner, welchem auch der Finanzminister Dr. Miguel und der Kriegsminister v. Raabenborn-Stachau bewohnten. Während des Diners wurde Herr Miguel benachrichtigt, daß der Kaiser sich bei ihm für den Abend angefragt habe. Herr Miguel forderte eine Anzahl Abgeordneter, darunter die Abg. Mithoff (nat.-lib.), Dopelius (freicons.), v. Bug (cons.) auf, ihn zu begleiten, und eilte nach Hause, um den Kaiser zu empfangen. Die Abendunterhaltung war eine sehr lebhafte und der Kaiser in bester Laune.

* [Die Thätigkeit des Prinzen Heinrich im Ministerium des Innern] ist, wie der "Schlesischen Zeitung" geschrieben wird, auf drei Wochen berechnet. An vier bestimmten Vormittagen in der Woche erscheint der Prinz im Ministerium, wo für ihn das Empfangszimmer neben dem Arbeitszimmer des Ministers des Innern bereitgestellt ist. Der Prinz wird sowohl von der Bearbeitung laufender Angelegenheiten auf Grund des Actenmaterials, das die Unterlage der Vorträgen in den Staatsrechtlichen Beziehungen unserer überseeischen Erwerbungen zum deutschen Reiche bildet, kenntlich gemacht. Die Vorträgen sind die vorliegenden Räthe v. Althoff, v. Horn und der Regierungsrath Lindig bezeichnet.

* [Neues Interesse beim Fürsten Bismarck.] Eine Abordnung des Zeitungsmuseums in Aachen hat kürzlich den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh aufgesucht. Fürst Bismarck hat dabei nach der "Aach. Post" sich darüber beklagt, daß er in seinem sechzigsten, mehr oder weniger zurückgezogenen Leben nicht die rechte Besiedlung finde. Man könne von jemand, der vierzig Jahre Politik getrieben, nicht verlangen, daß er heimnahmlos den Ereignissen folge. Ebenso wenig fühle er sich veranlaßt, mit der Außerung seiner Ansichten zurückzuhalten, zumal da er sehe, wie man von dem allerdingen festen Bau des Reiches an verschiedenen Seiten bereits abzubrockeln beginne. ()

* [Ein Verbot von Maschinen zur Herstellung künstlicher Kaffeebohnen] wird für den Umsatz des deutschen Reiches durch Verordnung des Kaisers mit Zustimmung des Bundesrats erlassen. Das Verbot, welches im "Reichsanzeiger" veröffentlicht wird, erfolgt auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes und stellt das gewerbsmäßige Herstellen, Verkaufen und Fehlhalten von Maschinen, welche zur Herstellung künstlicher Kaffeebohnen bestimmt sind, unter Strafe.

* [Hamburg, 4. Febr. Fürst Bismarck tritt in den "Hamburger Nachrichten" der Behauptung des Abgeordneten Sombart, er habe die Bauernhäuser parzellieren wollen (Landtagsitzung vom 22. Januar) entgegen. Er habe stets seine Freude darüber ausgedrückt, wenn spannige Bauerngüter durch Generationen lebensfähig blieben; wie Parzellierung sowohl von Bauerngütern wie von Rittergütern habe er aber da für nützlich gehalten, wo die Vermögensverhältnisse des Besitzers die Theilbarkeit notwendig machen. Bezuglich des Fideicommissi-Stempelerlasses seines lauenburgischen Fideicommisses erklärt Fürst Bismarck in derselben Nummer der "Nachrichten", für den Kreis Schwarzenbeck und Lauenburg sei der preußische Stempel von 3 Prozent noch heute nicht maßgebend. Sein Fideicommiss seit 1872 gegründet, Lauenburg sei aber erst 1876 der preußischen Monarchie einverlebt, doch ohne das preußische Fideicommissstempel-Gesetz zu erhalten.

Dösterreich-Ungarn.

Wien, 4. Februar. Der Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este hat heute Nachmittag 2½ Uhr seine Reise nach Petersburg angetreten. In seiner Begleitung befinden sich der Kammerherr Graf Wurmbrand, der Feldmarschall-Lieutenant Graf Ueghüll, sowie der Prinz von Hohenlohe und der Prinz von Schwarzenberg. Der Erzherzog Karl Ludwig begleitet den Erzherzog Franz Ferdinand nach dem Bahnhofe, wo warmer Abschied genommen wurde. Der österreichische Zug trifft morgen früh 6 Uhr in Warschau ein, wo wieder Reise nach Russland beginnen wird.

Der Kaiser hat dem Statthalter von Böhmen, Grafen Thun, sowie dem Oberstlandmarschall

Fürsten Lobkowitz das Großkreuz des Leopold-Ordens verliehen. (W. L.)

Wien, 4. Februar. Da mit den striktenen Schuhmachergesellen eine Vereinbarung bis her nicht zu erzielen war, hat sich das Comité der Fabrikanten aufgelöst. (W. L.)

Frankreich.

Paris, 4. Febr. Die Zollcomission nahm auf den Bericht Jouars die von der Sub-comission beschlossenen Zölle auf frische Süßwasserfische, sowie die Zölle auf Stabeljau, Austern, Hummer und Musmuscheln an. Die von der Regierung vorgeschlagenen Zölle auf Fischthran, Fischrogen, Fischbein und andere Erzeugnisse der Fischerei, sowie auf Schwämme wurden ebenfalls angenommen. Auf trockene, gefälschte und geräucherte Fische, sowie auf marinirte und eingebackte Fische wurde ein Zoll von 25 bzw. 30 Frs. beschlossen. (W. L.)

England.

London,

Neue Synagoge.

Gottesdienst.
Freitag, 8. Februar cr., Abends
4½ Uhr.
Gonnabend, 7. Februar. Neu-
mordnacht. Vorm. 9 Uhr.
Predigt 10 Uhr.

Die Verlobung unserer Tochter
Margarethe mit dem Kaufmann
und Lieutenant der Reserve des
Grenadier-Regts. König Friedr. I.
Herrn Edward Jorch zu Danzig,
bedieben wir uns ergebnis anzuge-
teigen. (2301)

Charlottenburg, 2. Febr. 1891.
Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Meine Verlobung mit Fräulein
Margarethe von Lippelskirch,
Tochter Sr. Excellenz des Herrn
Generalleutnant z. D. v. Lippels-
kirch und dessen Frau Gemahlin,
geb. v. Harenberg, zu Charlotten-
burg, bedieben ich mich ganz er-
gebnis anzugehen. Josephine Theben.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Steckbrief.

Gegen den Dienstknacht Stephan
Rößler, geb. am 4. August 1868
zu Alt Grabau Kr. Berent, welcher
flüchtig ist, beim sich verborgen
hält, soll eine durch Urteil des
Königlichen Schöffengerichts zu
Berent vom 12. Juni 1890 er-
kannte Gefangenstrafe von einem
Jahr vollstreckt werden. Es wird
erürtet, denselben zu verhaften,
in das nächste Gerichtsgefängniß
abzuliefern und hierher zu den
Akten D 630/89 Nachricht zu geben.
Berent, den 3. Februar 1890.
Königliches Amtsgericht.

Knownmaching.
In unser Prokurenregister ist
unter Nr. 38 der Kaufmann Galo-
mon Weiß von hier als Pro-
kurist der hier bestehenden in
unsern Gesellschaftsregister unter
Nr. 31 eingetragenen Handelsgesell-
schaft Goldsack u. Co. hause
eingetragen worden. (2279)

Pr. Glärgard, d. 31. Jan. 1891.

Königliches Amtsgericht.

Auction
im Gewerbehause,
heilige Langgasse 82.
Freitag, d. 6. Februar cr.,
Vormittags 10 Uhr,

wird es am angegebenen Orte
im Auftrage des Herrn Concur-
sverwalters Block folgende Ma-
atten, die als Streitobjekt aus
der Mag. Loementhal'schen Con-
cursmasse herrißlich, und zwar:

5 Stck. ca. 65 Mtr.
Seidenstoffe, 9 Stck.
ca. 85 Mtr. diverse
Tüche, 15 Stck. ca.
270 Mtr. Buckskin,
2 Stck. ca. 78 Mtr.
Janella und 3 Stck.
ca. 43 Mtr. Mohair
öffentlicht an den Meistbietenden
gegen gleich baare Zahlung ver-
steigern. (2181)

Janisch,
Gerichtsvollzieher,
Danzig, Breiteg. 133.

Im Verlage von A. W. Rafe-
mann ist erschienen und durch
alle Buchhandlungen zu beziehen:

Antisemiten-Spiegel.
Die Antisemiten im Lichte des
Christentums, des Rechts und
der Moral.

Zweite Lieferung.
Preis 20 Pf.
In Parthen billiger.

Loose
zur Kölner Dombau-Lotterie
a 4 M.
zur Stettiner Pferde-Lotterie
a 1 M.
zur Königsberger Pferde-Lotterie
a 1 M. in der
Expedition d. Danziger Zeitung.

Kölner Dombau-Lotterie, Haupt-
gewinn M. 75000. Loose a M. 4.
Loose der Stettiner Pferde-
Lotterie a M. 1. (2305)
Loose der Königsberger Pferde-
Lotterie a M. 1 bei
z. Bertling, Gerberasse Nr. 2.

Kölner Dombau-Lotterie,
ganze Loose 4 M., halbe Loose
2 M., empfiehlt, soviel der kleine
Vorrath reicht. (2213)

Unterricht
im Anfertigen von
Papier-Blumen,
Decorations-Blumen
et. ertheilt (2091)

T. Block,
geprüfte Handarbeitslehrerin.
Frauengasse 36.

Italienischen Blumentöpfchen,
sehr sarte feste Röpfe,
Brüsseler Rosenköhl
empfiehlt (2318)

Aloys Kirchner,
Boggenpohl 73.
Brüll geäußerte
große Maränen,

heute wieder vorrätig sowie f.
Gänse-Noll- und Knochen-
brüste.

Norwegische Del.-Anhouis,
neue Zulassung erhalten,
Prima Elb-Caviar
empfiehlt u. versendet

Alexand. Heilmann & Co.,
Scheibenrittergasse 9.

Leere Theergebinde
offerirt die Dachpappensfabrik von
Herrn. Berndts,
Danzig, Lastabie Nr. 3-4.

Unterrichts-Institut in Filigran-Arbeit

hier selbst auf kurze Zeit,
Herstellung von Uhr- und Halsketten, Armbändern, Brochen-,
Haar- und Schmuck, Kleiderketten, Verzierungen von
Wand- und Büstenstatuen, Sockbälzen etc., nebst Blumen-
hörchen aus farbigem Draht u. Wolle gefertigt.

Beige hiermit an, daß ich hier selbst vom 6. Februar einen
Unterricht in Filigran-Arbeit eröffnen werde und lädt die ge-
ehrten Damen zur Besichtigung herbei in meiner Wohnung
Hotel Englisch Haus, La: gen Markt, 1. Etage, Zimmer Nr. 3,
ergeben ein.

Die Arbeit ist nicht nur sehr interessant, sondern auch äußerst
leicht zu erlernen, selbst Anfängerinnen können in den ersten
Stunden Schmuck und Ketten herstellen. Der Unterrichtspreis für
Erlernung sämtlicher Arbeiten beträgt für Damen M. 1,50, für
Kinder M. 1, und sieht es ständig Schüler frei, so lange
zu kommen, bis sie sich die Fertigkeit zur selbstständigen Herstellung
der Filigran-Arbeit angeeignet hat. Das Material dazu ist sehr
billig und ist dadurch jedem die Gelegenheit geboten, die schönsten
Geschenke herzustellen. Unterrichtsstunden täglich von Morgens 8
bis 12, Nachmittags 2-7 Uhr, für Damen, die Tag über keine
Zeit haben. Dienstag, Donnerstag und Freitag Abends von 8 bis
10 Uhr. - Herr W. F. Burau, Papierhandlung, Langgasse 39,
hatte die Güte, mir in seinen Schaufenstern die Ausstellung einer
kleinen Auswahl in Schmuck nebst Blumenketten zu gestalten.
Josephine Theben.

Meine Verlobung mit Fräulein
Margarethe von Lippelskirch,
Tochter Sr. Excellenz des Herrn
Generalleutnant z. D. v. Lippels-
kirch und dessen Frau Gemahlin,
geb. v. Harenberg, zu Charlotten-
burg, bedieben ich mich ganz er-
gebnis anzugehen. (2301)

Charlottenburg, 2. Febr. 1891.
Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.

Danzig, d. 2. Februar 1891.
Edward Jorch.

Generalleutnant z. D.
von Lippelskirch und Frau
geb. v. Harenberg.